

Potsdam, 16.11.2022

TOP 14 Keine Gabe von Pubertätsblockern an Minderjährige

Drucksache [7/6551](#)

Rede der bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

wir lehnen den vorliegenden Antrag entschieden ab.

Der Antrag ist eine schlechte Mischung falscher Fakten, pseudowissenschaftlicher Annahmen und polemischer Bewertungen. Sie verfolgen das Ziel, die Öffentlichkeit zu desinformieren und vor allem Betroffene zu diffamieren.

Sie tun ja gerade so, als würden Massen hysterisch gewordener Jugendlicher einander begeistert davon überzeugen, eine Geschlechtsumwandlung würde alle Probleme lösen. Sie stürmen dann gemeinsam den nächsten „Mediziner-Supermarkt“, um sich dort zunächst Pubertätsblocker wie Lutscher von der Stange zu kaufen und anschließend so schnell wie möglich alle primären und sekundären Geschlechtsmerkmale operieren zu lassen.

Vor allem zeugt der Antrag von einer zynischen Verkennung der realen schwierigen Lebenswelten der von Geschlechtsinkongruenz betroffenen Kinder, Jugendlichen und deren Familien!

Sie behaupten, „Transidentität“ würde zunehmend als Selbstdiagnose von Menschen in Lebenskrisen gewählt. Das ist falsch.

Vielmehr ist es so, dass Kinder und junge Menschen mit Geschlechtsinkongruenz oft in Lebenskrisen geraten, weil sie mit ihrer Besonderheit, mit ihren Fragen und mit ihren Problemen nicht aufgefangen werden und leider noch zu oft Ausgrenzung, Nichtanerkennung und Bloßstellungen ausgesetzt sind.

Sie befinden sich in einer psychisch sehr schwierigen Situation, die häufig in Depression, Selbstmordabsichten und auch in Suizid münden kann.

Sie müssen schwer darum kämpfen, mit ihrem Bedürfnis nach geschlechtsverändernden Behandlungen überhaupt ernst genommen zu werden und leiden viel zu lang unter spät einsetzenden Beratungs- und Therapieangeboten.

Der Einsatz von Pubertätsblockern wird in der Fachmedizin als sinnvoll eingeschätzt.

Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages führt das aus. Es besteht unter den Fachleuten inzwischen ein breiter Konsens.

Die Vorteile sind dort klar benannt:

- **Der größte Vorteil** ist, dass durch eine zeitlich begrenzte Pubertätsunterdrückung Jugendliche wertvolle Zeit für ihre Identitätsentwicklung gewinnen. In dieser Phase können psychische Reifungsprozesse ungestörter, ruhiger ablaufen und psychotherapeutisch intensiv begleitet werden. Zugleich wird damit schließlich auch den Eltern und betreuenden Psychologen bzw. Ärzten mehr Zeit gegeben, um die Indikation einer gegengeschlechtlichen Hormonbehandlung abzusichern.

-

Die AfD hält die Therapie mit Pubertätsblockern für ethisch problematisch, weil sich die behandelten junge Menschen fast immer für eine anschließende gegengeschlechtliche Hormontherapie entscheiden. Expert*innen schätzen ein, dass Menschen diese Schritte eben nicht leichtfertig, sondern wohlüberlegt und dann **konsequent** verfolgen.

Und natürlich sind wie bei jeder medizinischen Intervention auch mögliche Risiken verbunden. Fakt ist, dass zu den angenommenen Risiken keine verlässlichen Studien vorliegen, die deren Eintreten in signifikanten Häufigkeiten beweisen würden. **Das größte Risiko** besteht ganz klar darin, dass ein junger Mensch mit Hormonblockern behandelt wird, der nicht von Geschlechtsinkongruenz betroffen ist.

Brandenburg braucht auch keine Aufklärungskampagne.

Aufklärungsarbeit ist bereits Bestandteil und Voraussetzung aller Behandlungen.

Sowohl das Regenbogenportal, als auch Ärzt*innen, als auch z. B. Trans*-Beratungen klären auf.

Die Gabe von Pubertätsblockern bei Minderjährigen trans*Personen erfolgt ausschließlich durch fachmedizinisches Personal und auf Grundlage der Leitlinien der Deutschen Gesellschaft für Kinderendokrinologie und –diabetologie. Hierzu zählt auch die Begutachtung durch Kinder- und Jugendpsychiater*innen, -psycholog*innen sowie Endokrinolog*innen.

Kinder (unter 14 Jahren) benötigen auch hier die Einwilligung der sorgeberechtigten Personen. Eltern treffen gemeinsam in einem langen Prozess mit dem Kind eine Entscheidung, die das Wohl des Kindes in den Fokus nimmt. Die von Ihnen heraufbeschworene Gefahr einer inflationären Vergabe von Hormonblockern an junge Menschen ist also rigoros von der Hand zu weisen.

Sie beschwören vermeintlich dramatische Anstiege geschlechtsdysphorischer Jugendlicher herauf.

Seriöse Daten dazu stehen weder deutschland- noch landesweit zur Verfügung.

Festzustellen ist in den letzten 20 Jahren eine Zunahme der Inanspruchnahme von Beratungs- und Behandlungsangeboten für junge Menschen.

Für diesen Anstieg von trans*-Outings gibt es seriöse Gründe:

- Wir verzeichnen **endlich ein gewachsenes Problembewusstsein** in der Bevölkerung für Geschlechtsrollen- bzw. Geschlechtsidentitätskonflikte und mehr Akzeptanz
- Pädagog*innen in Kitas, Schulen und Jugendarbeit sind durch gezielte Fortbildungsangebote auch besser in der Lage zu informieren und aufzuklären
- Wir gehen endlich Schritte in Richtung einer Entpathologisierung von Homosexualität, transsexuellen Menschen und insbesondere von geschlechtsvarianten Kindern und Jugendlichen

Junge Menschen können sich besser selbst verstehen, finden glücklicherweise endlich auch den Mut, öffentlich darüber zu sprechen, Fragen zu stellen, Beratungs- und Unterstützungsangebote zu suchen.

Es ist gut und richtig, dass die Zahlen nach oben gehen!

Wachsen muss die notwendige Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur.

Wenn Ihnen das Wohl junger Menschen tatsächlich am Herzen liegen würde, wäre ein Änderungsantrag zum Haushalt der richtige Weg gewesen. Notwendig ist eine Aufstockung der finanziellen Mittel für eine bedarfsgerechte und vor allem annähernd flächendeckende Beratungsstruktur für trans*Kinder und deren Eltern.

Das trägt dazu bei, dass Eltern ihre Kinder bestmöglich unterstützen und eine auf Fachinformationen (und nicht propagandageleitet) Entscheidung treffen, die im Sinne ihrer Kinder, ihrem Wohl und ihrer bestmöglichen Entwicklung der Persönlichkeit steht!

Das braucht es und keine AfD Polemik!